

Regierung vertuscht Belastungspaket

SPÖ und ÖVP werden mit dem neuen Budget die größte Belastungswelle der letzten 50 Jahre auf die Österreicherinnen und Österreicher loslassen. Um die grauslichen Details bis zu den Landtagswahlen zu verheimlichen, scheut die Regierung deshalb nicht einmal vor einem Verfassungsbruch zurück und will das Budget erst Mitte Dezember präsentieren. Verfassungsgemäße Frist ist Anfang Oktober. BZÖ-Chef Josef Bucher hat sich an die Spitze der Verteidiger der Verfassung und der Steuerzahler gestellt. „Das BZÖ wird maximalen Widerstand leisten“, so Bucher.

SPÖ-Bundeskanzler Faymann und sein ÖVP-Schuldenvize Pröll sollen nicht Regierung und Parlament in einen mehrmonatigen Sommerurlaub schicken. Das BZÖ verlangt, dass gearbeitet und rechtzeitig ein ordentliches Budget erstellt wird. Bucher konnte die Grünen davon überzeugen, schon im Juli mittels Sondersitzungen die Regierung zur Arbeit zu zwingen, einzig FPÖ-Chef Strache ist bisher sein Jet-Set-Urlaub auf Ibiza wichtiger. „Wenn es nach dem BZÖ geht, kann die Regierung schon eine Reiserücktrittsversicherung für den geplanten Sommerurlaub abschließen“, so Bucher.



Bündnischef Josef Bucher kündigt an, dass das BZÖ maximalen Widerstand gegen den Budgetbluff der Regierung leisten wird

Volksbefragung über Rauchverbot

Husch-Pfusch-Gesetz der Regierung demokratisch korrigieren

Das seit 1. Juli geltende Anti-Raucher-Gesetz der Bundesregierung treibt die Gastronomie in den Ruin und sorgt bei Rauchern und Nichtrauchern für Verwirrung.

Als Lösung schlägt das BZÖ eine Volksbefragung darüber vor, ob es ein totales Rauchverbot in der Gastronomie und öffentlichen Räumen geben soll, oder ob die Österreicher für ein vernünftiges und rücksichtsvolles Miteinander von Rauchern und Nichtrauchern eintreten. Die Österreicher sind mündig genug, selbst entscheiden zu können.



FPK-Landeshauptmann Gerhard Dörfler stellt in Kärnten zusätzliche zweisprachige Ortstafeln auf und bricht damit sein zentrales Wahlversprechen. Das BZÖ steht zu seinem Wort und verlangt eine Minderheitenfeststellung und anschließend eine in der Verfassung verankerte Prozentklausel, um endlich eine vernünftige Lösung in der Ortstafeldiskussion zu erreichen.

ARGUMENTE

Statt einer gesetzlichen Erhöhung des Pensionsalters verlangt das BZÖ die Umsetzung seines Pensionskontos. Leistung muss sich lohnen

SPÖ und ÖVP weigern sich den Österreichern vor den Landtagswahlen reinen Wein über die geplanten harten Steuererhöhungen und Kürzungen einzuschenken. Das BZÖ verlangt einen Tag der Wahrheit noch vor den Wahlen, denn jeder Tag Untätigkeit kostet die Steuerzahler 35 Millionen Euro neue Schulden.

BZÖ beantragt Aussetzen der Wehrpflicht

Der stellvertretende Klubobmann des BZÖ und ehemalige Verteidigungsminister Herbert Scheibner hat im Parlament das Aussetzen der Wehrpflicht beantragt.

Derzeit werden ja Zivildienstler teilweise völlig zweckentfremdet auf Steuerzahlerkosten eingesetzt, so beispielsweise für Absurditäten wie Märchenerzählen.

Das BZÖ steht für die freie Entscheidung der Bürger und gegen Zwänge, deshalb wollen wir ein Mischsystem aus einem Berufsheer und einer Freiwilligenmiliz. Derzeit ist das Bundesheer nicht einmal mehr in der Lage, größere Katastrophen- oder Zivilschutzeinsätze personell zu bewältigen.

Die derzeitige Wehrpflicht mit sechs Monaten ist teuer, aber ineffizient. Schlecht ausgebildete, demotivierte und zwangsverpflichtete Grundwehrdiener kosten viel Geld, sind aber im Ernstfall nicht einsatzfähig.

Gleichzeitig soll nach den Vorstellungen des BZÖ das Freiwillige Soziale Jahr massiv ausgebaut werden, um das Sozialsystem langfristig zu sichern.

Dadurch wird nicht nur der Schutz von unserer lebensnotwendigen Infrastruktur sträflich vernachlässigt, sondern es werden auch die Aufgaben innerhalb der EU, die ebenfalls bestens ausgebildete und entsprechend ausgerüstete Soldaten erfordern unerfüllbar.



Herbert Scheibner für ein Berufsheer mit Freiwilligenmiliz

Regierung plant Kahlschlag bei Familien

Die geplanten Kahlschlagpläne der Regierung bei den Familien rufen die ehemalige Familienministerin und BZÖ-Familiensprecherin Ursula Haubner auf den Plan. 1,5 Milliarden wollen ÖVP und SPÖ bei den Familien einsparen. Damit trifft man genau die Jungen und sozial Schwächeren. Junge Familien, die sowieso jeden Cent zweimal umdrehen müssen



Gerechtigkeit für die Familien

Die ÖVP begibt sich mit diesem Anschlag auf die Familien in die soziale Tiefkühltruhe.

Alles, was das BZÖ in seiner Regierungszeit für die Familien erreicht hat, wird jetzt von ÖVP und SPÖ wieder zu Grabe getragen. Wir werden uns wehren und alle Möglichkeiten ausschöpfen, um diesen Anschlag auf die Familien zu verhindern